

Inland

Mehr Taten gegen Rassismus versprochen

Der Bundesrat hat der Uno einen Rechenschaftsbericht geliefert, der sich wie eine Absage an die SVP und Justizminister Blocher liest: Die Rassendiskriminierung soll verstärkt bekämpft werden.

Von Bruno Vanoni, Bern

Seit der Annahme der Antirassismus-Strafnorm sei in der Schweiz «viele erreicht worden». Die Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Diskriminierungsverbot in der Verfassung habe sich «gefestigt und bewährt». Es seien jedoch zweifellos «weitere Anstrengungen nötig»: Dies rapportiert die Schweiz dem Uno-Ausschuss, der die Einhaltung der Antirassismus-Konvention überwacht.

Die Schweiz ist diesem Abkommen 1994 beigetreten und seither völkerrechtlich zur Bekämpfung und Prävention von Rassismus verpflichtet. Sie legt dem Überwachungsorgan der Uno nun zum dritten Mal detailliert Rechenschaft ab. Das gut 100 seitige Dokument ist vom Bundesrat am letzten Mittwoch genehmigt worden - auf Antrag des Aussendepartementes, wie dieses gestern mitteilte.

Der Rechenschaftsbericht tönt wie eine Entgegnung an die SVP und ihren Bundesrat Christoph Blocher, die am Parteitag vor zehn Tagen die Antirassismus-Strafnorm attackiert haben - diese hatte den Schweizer Beitritt zur Uno-Konvention erst möglich gemacht. «Die Schweizer Regierung», schreibt der Bundesrat nun an die Uno, «betrachtet ihr Engagement bezüglich Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit als Daueraufgabe.»

Für eine Ergänzung des Strafrechts

Als Beleg für diese entschiedene Haltung führt der Bundesrat an, dass er der Fachstelle für Rassismusbekämpfung im Departement des Innern seit diesem Jahr jährlich 1,1 Millionen Franken für konkrete Projekte zur Verfügung stellt. Und er erinnert an sein mehrfaches Festhalten an der kritisierten Antirassismus-Strafnorm: Die Meinungsäusserungsfreiheit gelte «nicht vorbehaltlos». Sie stosse an Grenzen, wenn es etwa die Würde oder die Ehre anderer Menschen zu schützen gelte.

Im Bericht an die Uno bekräftigt der Bundesrat auch die Absicht, die Strafnorm mit einem Verbot rassistischer Embleme zu ergänzen. Einen entsprechenden Antrag hatte er dem Parlament in seinen Jahreszielen bis Mitte Jahr versprochen. Doch weil sich Justizminister Blocher schwer damit tut, verzögert sich das Vorhaben.

Keine Klassen für Ausländerkinder

Das Gleiche gilt auch für die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution, wie sie der Uno-Ausschuss 2002 bei der Prüfung des letzten Schweizer Berichts gefordert hatte. Dieses Vorhaben müsse «im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiter abgeklärt werden», erklärt das EDA das anhaltende Zögern.

Der Bericht verspricht der Uno, dass künftig Diskriminierungen von Wohnungs- und Stellensuchenden durch Private vermehrt bekämpft werden sollen. Er konstatiert «eine generelle Zunahme von Akten der Intoleranz gegenüber den muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz». In einem Punkt hält er frühere Kritik des Uno-Ausschusses für erledigt: Getrennte Klassen für Ausländerkinder, wie sie in Rorschach und Luzern ausprobiert und anderswo gefordert wurden, gebe es in der Schweiz keine mehr.